Einzelpreis 20 Pfg. · 3. Jahrgang · Mittwoch, den 21. Juli 1920 · Nummer 289 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 19,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen; Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4640, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Berichterstattung über Spaa

Oeffentliche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

In der gestern abend stattgehabten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wurde insofern ein Novum geschaffen, als dieses Geheim-Konventikel diesesmal seine Pforten öffnete, indem mit Zustimmung der anwesenden Regierungsvertreter die Sitzung als öffentlich erklärt wurde.

Die Motive hierzu mochten zum Teil in der vom Präsidenten Loebe angeführten Tatsache liegen, daß die Einberufung des Reichswirtschaftsrates zur Entgegennahme des Spaa-Berichts bereits auf Donnerstag ohne Kenntnis des Präsidiums erfolgt war und auf diese Weise alle außerhalb des Reichstags stehenden Körperschaften und dadurch auch die Oeffentlichkeit längst vorher zu Spaa Stellung nehmen könnten, als dies der zuständigen höchsten Vertretung, dem Reichstag, möglich gewesen wäre.

So etablierte sich der Auswärtige Ausschuß denn als „Reichstags-Ersatz", und in der Tat wurde ein Antrag der U. S. P.-Vertretung auf sofortige oder baldmöglichste Einberufung des Reichstags abgelehnt, wobei selbst ein rechtssozialistischer Vertreter die bureaukratischen Bedenken ob des raschen Tempos einer vorgerückten Einberufung unterstützen zu sollen glaubte.

Der Außenminister hat im übrigen die Herausgabe eines deutschen Weißbuches über die Verhandlungen in Spaa für die Mitglieder des Reichstages angekündigt.

Aber eine Einschränkung hatte die Oeffentlichkeit dennoch erfahren dadurch, daß gegen den alleinigen Widerspruch unserer Fraktion beschlossen wurde, daß für Einzelausführungen von Ministern und Abgeordneten, auf deren Wunsch Geheimhaltung beschlossen werden sollte!

Die Ausführungen, die Außenminister Simons alsdann in etwa halbstündigem Vortrag machte, gingen allerdings kaum über den Rahmen dessen hinaus, was bereits durch die Zeitungen, und besonders durch Simons gestrigen Vortrag an die Pressevertreter bekannt geworden war.

Nach kurzer Schilderung der Schwierigkeiten, die man schon äußerlich der deutschen Delegation durch die weit entfernt vom Orte gelegenen Wohnungen und die dadurch bedingte Behinderung des Verkehrs mit der Presse gemacht, dadurch, daß man nur einen einzigen, obendrein von der belgischen Behörde kontrollierten Draht zum Verkehr mit der Heimat hatte usw., und der unliebsamen Zusammenstöße der Deutschen mit belgischen Chauvinisten, gab er einen kurzen Abriß über den Verlauf der Verhandlungen.

Er erklärte die Schwierigkeiten für die deutsche Delegation, größere Erleichterungen zu erwirken, damit, daß die Alliierten durch die vorausgegangenen Unterhandlungen unter sich gebunden waren, wobei er das wichtige Moment hervorhob, daß entgegen ihres früheren Standpunktes inzwischen die Alliierten sich dem Wunsche der Franzosen hinsichtlich des Einmarsches in deutsches Gebiet gefügt hatten.

Bei der bereits im Hauptausschuß behandelten Frage der Entwaffnung war der Hinweis von Außenminister Simon charakteristisch, daß insbesondere die Forderung auf sofortige Räumung der besetzten Zone undurchführbar gewesen wäre, weil sich in diesen Gebieten die bürgerliche Bevölkerung sehr beunruhigt gezeigt und bei sofortiger Räumung eine große Flucht der Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre! Zeigt sich nicht wieder mal der heldenhafte deutsche Spießbürger in Reinkultur?

Mehr als das Erreichte in der Militärfrage sei nicht durchzusetzen gewesen und die Delegation glaubt deswegen einen Abbruch der Verhandlungen und damit einen Verzicht auf die Erreichung von Erleichterungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht verantworten zu können.

Seine Mitteilungen zur Kohlenfrage deckten sich mit den der Presse gemachten; der Entschluß der Delegation, vom ursprünglich als Aeußerstes bezeichneten Quantum von 1,1 Millionen Tonnen bis zu 2 Millionen Tonnen monatlich heraufzugehen, wurde durch berechtigte Zweifel an der Richtigkeit der von den „Sachverständigen" (a la Stinnes — kann das wundern?) benannten Ziffern ermöglicht, die eine Verschiebung erfahren könnten, noch eine stärkere Heranziehung der Braunkohle, speziell aber durch eine energischere Bekämpfung der Kohlenschiebungen, die sich danach auf sehr erhebliche Mengen bezogen und worüber wohl der Regierung genauere Meldungen vorgelegen haben müssen. (Darüber hätte ja Herr Stinnes am besten nähere Auskunft erteilen können!)

Sein in Deutschland Aufsehen erregendes Hineinwerfen der oberschlesischen Frage in die Debatte, erklärt Simons damit, daß ihm zu Ohren gekommen, daß in Alliertenkreisen die oberschlesische Frage sehr verschiedene Beurteilung erfahre, da man in den Polen keine geeigneten Vertreter der Gruben erblicke.

Resumierend will Simons als einen Erfolg im gewöhnlichen Sinne Spaa nicht buchen, doch sei nunmehr ein besserer Verkehr, einer von Gleichen zu Gleichen, angebahnt. Eine schwere Last aber sei dem deutschen Volke aufgebürdet.

In der Debatte kamen zunächst nur drei Vertreter zum Wort, die der S. P. D., der U. S. P. und der Deutschnationalen.

Die Rechtssozialisten, für die Ed. Bernstein sprach, waren im großen ganzen mit der Haltung der Regierung einverstanden, bei der Umbildung des Militärs wünschen sie eine zum Schutz gegen innere Unruhen von „Elementen unpolitischer Art" und Plünderungen aufgestellte Schutztruppe. Das Auftreten von Stinnes mißbilligen sie und fordern die Sozialisierung der Bergwerke.

Der Vertreter der U. S. P., Genosse Ledebour, forderte die Regierung zur Aeußerung darüber auf, ob es richtig sei, daß ausgerechnet Stinnes noch einmal versucht habe, die Zerstörung der französischen Gruben durch militärische Gründe zu rechtfertigen und noch obendrein erklärte, das Abkommen ablehnen und ruhig den Einmarsch in Kauf nehmen zu sollen. Die Regierung müsse öffentlich das Tischtuch zwischen sich und Stinnes zerschneiden.

Die Arbeitsfähig- und Freudigkeit könne nur erreicht werden durch die Sozialisierung der Bergwerke, der die anderen Industrien zu folgen hätten, die ungehemmerlichen, die Gesamtheit schädigenden Schieberpraktiken zwängen dazu. Eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bergleute sei ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Entwaffnungsfrage stellte Ledebour im Laufe seiner Kritik an Simons die Frage, ob er in der Tat die Bemerkung Lloyd Georges gegenüber gemacht habe, worin er auf die Niederwerfung des Kommune-Aufstandes 1871 unter Unterstützung der Deutschen als Beispiel für die heutige umgekehrte Situation Deutschland gegenüber verwiesen hatte.

Simons mußte die schon wesentliche Abschwächung bestätigen.

Rührend war die Frage, die der Deutschnationale Helfferich für das schwer getroffene Volk an den Tag legte. Diese Herren bringen es fertig, sich den Anschein zu geben, als hätten sie nicht den geringsten Anteil an der ungeheuren Schuld, die sie selbst durch ihre verbrecherische Kriegspolitik auf sich geladen. Die meisten der aus diesem bedrückten Herzen sich entspringenden Sorgen, die sich im wesentlichen natürlich auf die Militärfrage und die der drohenden Strafbesetzung erstreckten, konnten indessen durch Minister Simons Ausführungen widerlegt werden.

In seinen Schlußbemerkungen wies zunächst Simons nach, daß bei keiner Unterschriftsleistung irgendwie eine Anerkennung des Besetzungsrechtes der Alliierten durch Deutschland abzuleiten sei.

Darüber hinaus aber gab er die heute in der Presse bereits veröffentlichte deutsche Neutralitätserklärung Polen und Sowjetrußland gegenüber bekannt und erklärte die dieser Erklärung zugrunde liegende Absicht der Regierung dahin, daß außer der Respektierung der deutschen Grenze durch Russen und Polen damit, die Ablehnung jeglichen Waffen- und Truppentransports durch Deutschland seitens der Alliierten ausgesprochen sein soll.

Des weiteren sei eine Note durch den Vertreter beim Wiedergutmachungsausschuß den Alliierten übergeben worden mit dem Ersuchen, angesichts der während der polnisch-russischen Kampfhandlungen an die deutsche Grenze die Verstärkung der deutschen Truppenmacht an der Ostgrenze nicht als Verletzung der Waffenbestimmungen, sondern als Maßregel zum Schutz der deutschen Grenze zu betrachten.

Diese Note und eine weitere etwas dunkel gehaltene Bemerkung Simons, wonach er auf die Ereignisse der nächsten Monate und deren Einwirkung auf die Stimmung der Alliierten hinsichtlich der Entwaffnungsfrage spekuliert, wird unser Vertreter in der heutigen Fortsetzung der Aussprache zum Anlaß nehmen müssen, um die Regierung zu einem klaren Aussprechen ihrer militärischen Absichten sowohl nach außen, wie aber besonders im Innern zu zwingen.

Ist die Konzentration des internationalen Kapitals auch mit den bisher „feindlichen Brüdern" schon so weit gediehen?

Die englische Antwort an Rußland

London, 20. Juli.

Reuter erfährt: Die englische Antwort an Rußland wird heute abend abgesandt werden. Die Antwort Tschitscherins wird als sehr zweideutig angesehen. Man wünscht jetzt endgültige Erklärungen zu erhalten. Wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, so werden die Verhandlungen über die Aufnahme der Handelsbeziehungen abgebrochen werden.

Die Antwort Moskaus wird verheimlicht

Amsterdam, 21. Juli.

Der Unterstaatssekretär des Aeußern Harmsworth antwortete auf Anfragen im Unterhaus: Die Regierung von Finnland, Litauen und Lettland hatten die Einladungen zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in London abgelehnt. Die englische Regierung habe bisher mit General Wrangel über Waffenstillstand keine Besprechungen gehabt. Die russische Räteregierung habe auf die Einladung geantwortet, da aber noch Verhandlungen im Gange seien, werde es nicht für wünschenswert erachtet, die Antwort von Moskau sofort zu veröffentlichen. Die englische Regierung beabsichtige die ganze Korrespondenz über diese Frage sobald wie möglich bekanntzugeben.

Soziale Revolution oder kapitalistischer Wiederaufbau?

Von Richard Müller

Um diese Frage handelt es sich bei dem gegenwärtigen Kampf um die Betriebsräte. Das nochmals zu betonen, halte ich für notwendig, nachdem der Beschluß der Berliner Parteifunktionäre, für eine selbständige Betriebsräteorganisation einzutreten, im Lager der U. S. P. D.-Gewerkschafter starken Unwillen erregt hat und einem dieser Genossen Veranlassung gab, aus seiner „stillen Gewerkschaftsstube" herauszutreten um öffentlich einige Fragen an mich zu stellen.

. . . „Die Eroberung der politischen Macht ist unsere nächste Aufgabe. Jede Maßnahme die wir treffen, jede Aktion die wir führen, jede Wahlschlacht die wir schlagen, jede Arbeit die wir tun, muß danach orientiert sein. Mehr und mehr müssen wir unsere Kräfte und Fähigkeiten auf den Kampf um die Eroberung der politischen Macht konzentrieren. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus." . . .

Mit diesen Worten begründete der Genosse Crispien das Aktionsprogramm unserer Partei, welches ausspricht, daß nur die proletarische Revolution den Kapitalismus überwinden, den Sozialismus verwirklichen und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchführen kann . . . „Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht muß geführt werden von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, den Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind, und des revolutionären Rätesystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt. Die U. S. P. D. unterstützt alle Bestrebungen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammen zu fassen, sie zu schulen für die Diktatur des Proletariats." . . .

. . . „Die Betriebsräte müssen sofort und mit aller Energie geschaffen werden, als Kampfmittel, als Organe zur Schulung und als Vorarbeit für den Sozialismus. Durch die Betriebsräte schafft sich das sozialistisch-revolutionäre Proletariat revolutionäre Kaders, in die die Masse der Kopf- und Handarbeiter aufgenommen und für den Klassenkampf in Bewegung gesetzt werden."

Diese Begründung des Aktionsprogramms, wie auch der klare Wortlaut desselben, dürfte m. E. keinen Zweifel über die Stellung unserer Partei zu den Betriebsräten aufkommen lassen. Und doch ist das der Fall. Der Genosse R. fragt mich: „Wo in aller Welt steht in unserem Aktionsprogramm etwas von dem selbständigen Aufbau einer Betriebsräteorganisation? Wer hat überhaupt bei der Formulierung unseres Aktionsprogramms an die jetzigen Betriebsräte gedacht?" Diese Fragestellung ist nur möglich, wenn man die soziale Revolution als eine Frage der Organisation ansieht. Hat uns der Verlauf der sozialen Revolution gelehrt, daß wir Betriebsräte als Kampfmittel, als Organe zur Schulung und als Vorarbeit für den Sozialismus schaffen müssen, dann löst sich die organisatorische Frage von selbst. Sie darf auch hier nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein. Dasselbe trifft zu bei der zweiten Frage. Wohl hat man bei der Schaffung des Aktionsprogramms an die jetzigen Betriebsräte gedacht. Mit aller Deutlichkeit hat der Genosse Crispien ausgesprochen, daß unser Rätesystem nichts gemein haben kann mit den Betriebsräten der Nationalversammlung, daß die Räteorganisation sich entwickeln muß auf dem urwüchsigen Boden der Revolution als revolutionär-unabhängige Organisation, frei geschaffen aus der Machtvollkommenheit der Arbeiterklasse.

Diese Ausführungen könnten unsere Gewerkschafter in ihrem Kampfe gegen die selbständige Betriebsräteorganisation als Beweis für die Richtigkeit ihrer Anschauung benutzen. Zieht man aber die in der Ueberschrift aufgeworfene Frage in Betracht, — und das ist das Entscheidende — dann muß man zu einem anderen Ergebnis kommen. Wir stehen mitten in der sozialen Revolution. Diese ist nicht abgeschlossen, sondern wirkt sich zu immer schärferen Klassenkämpfen aus. Um der sozialen Revolution einen Damm entgegenzusetzen, und den kapitalistischen Wiederaufbau zu ermöglichen, schaffte sich die kapitalistische Gesellschaft unter Mitwirkung der Rechtssozialisten das Gesetz über Betriebsräte. Das Gesetz soll das unmöglich machen, was wir als revolutionäre Sozialisten als notwendig erkannt und in unserem Aktionsprogramm niedergelegt haben. Unsere Gewerkschafter sagen: das Gesetz bringt uns nicht die Betriebsräte, die unser Aktionsprogramm fordert. Das ist zweifellos richtig. Jedem Gewerkschafter muß aber doch klar sein, daß es im Betriebe nicht zweierlei Betriebsräte geben kann. Wenn durch gesetzliche Maßnahmen Betriebsräte geschaffen werden, dann ist es unsere Aufgabe, die Betriebsräte zu dem zu machen, was sie nach unserer politischen Ueberzeugung sein müßten. Das mußte bereits bei der Wahl der Betriebsräte versucht werden und muß jetzt

nach der Wahl gleichfalls geschehen. Unsere Gewerkschafter bekennen sich zum revolutionären Klassenkampf, wollen mit Hilfe der Gewerkschaften den Betriebsräten Rechte über das Gesetz hinaus erkämpfen, wollen die Betriebsräte zu Organe des proletarischen Klassenkampfes machen. Damit erkennen sie die auf Grund des Gesetzes gewählten Betriebsräte als diejenigen Betriebsräte an, die revolutionäre Aufgaben zu erfüllen haben, wie es unser Aktionsprogramm fordert. Diese Betriebsräte müssen gemäß unseres Aktionsprogramms in revolutionäre, unabhängige Räteorganisationen zusammengefaßt werden. So widerlegen unsere Gewerkschaftsführer selbst ihre Argumentation, die sie gegen die selbständige Betriebsräteorganisation vorbringen.

Unser Aktionsprogramm verpflichtet die Parteigenossen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen. Es spricht von dem Rätesystem, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt. Aus der Begründung des Programms geht klar hervor, daß die Verwirklichung des wirtschaftlichen Rätesystems sofort versucht werden muß. Das wirtschaftliche Rätesystem kann sich nur auf die Betriebsräte stützen. Den Aufbau des wirtschaftlichen Rätesystems haben wir in unzähligen Versammlungen, Flugblättern und Schriften dargelegt. Ein Zweifel dürfte darüber nicht mehr bestehen. Die selbständige Betriebsräteorganisation, die heute von unsern Gewerkschaftern bekämpft wird, entspricht den Forderungen, die unsere Partei seit Jahr und Tag erhoben hat.

Mir erscheint es notwendig, einmal zu untersuchen, warum Gewerkschaftsführer, die auf dem Boden des revolutionären Programms unserer Partei stehen, die sich zum Rätesystem bekennen, den Kampf aufnehmen gegen die selbständige Betriebsräteorganisation und damit gegen die Forderung unseres Aktionsprogramms. Bedenken muß es schon erregen, daß sie sich bei ihrem Vorgehen in voller Uebereinstimmung mit Legien und Genossen befinden. Ich hatte des öfteren das zweifelhafte Vergnügen, mich mit führenden Gewerkschaftern unserer Partei auseinandersetzen zu müssen. Dabei mußte ich feststellen, daß sie sich jener scheinsozialistischen Argumente bedienen, die wir als Ausfluß der bürgerlichen Ideologie bei den Rechtssozialisten finden. Geht man ihren Ausführungen auf den Grund, dann findet man den Gegensatz in der Auffassung über den Verlauf und das Wesen der sozialen Revolution.

Was soll es heißen, wenn kürzlich ein Gewerkschaftsführer erklärte: „Der Leipziger Parteitag stand unter dem Einfluß der damaligen revolutionären Ereignisse, des damaligen revolutionären Wellenschlages, er hat das Aktionsprogramm geschaffen.“ Stehen wir auch heute nicht noch mitten im Wellenschlage der sozialen Revolution. Ist nicht gerade unsere Auffassung über das Wesen und den Verlauf der sozialen Revolution ein wesentlicher Grund unseres Gegensatzes zu den Rechtssozialisten, die da glauben, die Revolution sei abgeschlossen, jetzt, nach Verwirklichung der formalen Demokratie müsse erst der Kapitalismus aufgerichtet werden als Voraussetzung für den Sozialismus? Sind wir nicht verpflichtet, die soziale Revolution vorwärts zu treiben, damit das Proletariat die politische Macht erobere? Eingangs habe ich mit Absicht auf dieses Bekenntnis unserer Partei hingewiesen. Es hat aber den Anschein, als ob es Genossen gibt, die sich mehr und mehr für eine „normale Entwicklung“ einsetzen, was zweifellos dem Wiederaufbau des kapitalistischen Systems förderlich wäre.

Was soll es heißen, wenn Gewerkschaftsführer im Kampfe gegen die selbständige Betriebsräteorganisation behaupten, letztere treibe überall im Reiche die Arbeiterschaft in Kämpfe, die dann von den Gewerkschaften ausgebadet werden müßten, daß dadurch die Gewerkschaften so stark belastet würden und es somit unmöglich sei, dort mit Erfolg einzugreifen, wo es am notwendigsten ist. Diese Argumentation stützt sich auf jene bürgerliche Ideologie, die nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse als Triebkräfte des menschlichen Handelns anerkennt, sondern dafür Personen oder Körperschaften verantwortlich macht. Gerade die ständig wachsenden Kämpfe, die aus der steigenden Not der Masse heraus wachsen, sind der beste Beweis für den revolutionären Wellenschlag unserer Zeit. Diese Kämpfe beweisen aber auch, daß die Gewerkschaften allein sie nicht mehr führen können. Ich verkenne nicht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit, ich weiß, und betone es besonders, daß die Gewerkschaften erhalten und ausgebaut werden müssen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß im gegenwärtigen Ringen um die soziale Revolution sie eine hemmende Tendenz zeigen. Das liegt in ihrer historischen Entwicklung begründet, die eingestellt war auf den Kampf der Arbeiterschaft unter einer normalen kapitalistischen Entwicklung, nicht aber auf das wechselvolle Ringen der sozialen Revolution.

Die Gewerkschaften voll und ganz der sozialen Revolution dienstbar machen, setzt voraus, daß dieser Wille auch bei den Gewerkschaftsführern vorhanden ist. Aber da finden wir die stärksten konterrevolutionären Kräfte am Werke, die alles daran setzen, die Gewerkschaften den kapitalistischen Wiederaufbau zu führen, wie das die Beschlüsse der letzten Sitzung des Gewerkschaftsbundes am besten beweisen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften schreitet sehr langsam vorwärts und kann nicht durchgeführt werden durch ein Kompromiß der revolutionären Kräfte mit den konterrevolutionären, wie wir es im Kampfe gegen die Betriebsräteorganisation finden. Es genügt auch nicht, daß sich ein Gewerkschaftsführer abmüht, die Entwicklung innerhalb der Gewerkschaft vorwärts zu treiben; hier muß das gesamte revolutionäre Proletariat mithelfen, was durch und mit den Betriebsräten am wirksamsten geschehen kann. Ueberläßt man aber die Betriebsräte nur dem Einfluß derjenigen, die mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften den Kapitalismus wieder aufrichten wollen, dann erschwert man den Verlauf der sozialen Revolution und wird niemals die Revolutionierung der Gewerkschaften erzielen.

Das Verhalten der Gewerkschaftsinstanzen gibt vielen Anlaß zu Vorwürfen und fördert die Antipathie gegen die Gewerkschaften als solche. Wenn es dann zu Aeußerungen kommt, wie sie der Genosse R. erwähnt, so ist das eine Erscheinung, die sich aus diesem Verhalten ergibt, die aber nicht auf Personen, am allerwenigsten auf die Vertreter der Betriebsrätezentrale zurückgeführt werden darf.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und die marxistisch-sozialistische Erkenntnis veranlaßte unsere Partei, ein revolutionäres Programm zu schaffen, das bis zum heutigen Tage durch die weitere Entwicklung glänzend gerechtfertigt worden ist. Es darf aber nicht ein theoretisches Bekenntnis bleiben, sondern muß zur Tat werden. Die Frage im gegenwärtigen Streit um die Betriebsräte ist zu stellen: Soziale Revolution oder kapitalistischer Wiederaufbau? Wollen wir das erstere, dann gilt es, die Kräfte des Proletariats zusammenzufassen und für den revolutionären Klassenkampf zu schulen. Dazu brauchen wir die selbständige Betriebsräteorganisation, die in Kampfgemeinschaft mit unserer Partei und den revolutionären Gewerkschaften die Befreiung des Proletariats zu erkämpfen hat.

Die amtlichen Indexziffern. In der letzten Zeit brachte die Presse mehrfach Anfragen, wann die Veröffentlichung der Ergebnisse der amtlichen Lebenshaltungsstatistik erfolgen werde. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, ist die Berechnung der Indexziffern bis zum Monat April einschließlich beendet und so steht die Veröffentlichung unmittelbar bevor.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Japan und Deutschland ist nunmehr erfolgt. Japan hat Deutschland einen großen Auftrag an veredelten Blechen im Umfange von vielen Millionen Mark erteilt.

Kommunistenhatz in Paris. In Paris sind am Dienstag 51 Russen ausgewiesen worden, die im Verdacht kommunistischer Umtriebe stehen.

Der französischen Kammer sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen: Der erste verlangt einen Kredit von 3½ Millionen Francs zur Feier des 50jährigen Jubiläums der französischen Republik. Der zweite die Ueberführung des Herzens Leon Gambettas nach dem Pantheon.

Um Caillaux. Der landwirtschaftliche Verein des Bezirks von Mamers hatte kürzlich Joseph Caillaux zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Rat der Präfektur des Departements de la Sarthe hat diese Wahl für ungültig erklärt.

2. Kongreß der 3. Internationale

Aus Petrograd wird der „Roten Fahne“ gemeldet: Am 15. wurde hier der zweite Kongreß der dritten Internationale feierlich eröffnet. Um 12 Uhr mittags versammelten sich in dem festlich geschmückten Saal des Palais Uritzki die Führer der revolutionären Arbeiter. Genosse Sinowjew schlägt in seiner Eröffnungsrede vor, der gefallenen Führer und der Genossen, die in den Gefängnissen schmachten, in die sie durch die Feinde des Proletariats geworfen worden sind, zu gedenken. Die Bourgeoisie hat sich als ohnmächtig erwiesen, die Erbschaft des Krieges zu liquidieren und die Wirtschaft Europas wieder herzustellen. Die Bourgeoisie hält sich in ihrer Verzweiflung an die halbtote zweite Internationale, die vor dem endgültigen Untergang steht. Der Untergang des Alten wird der internationalen Vereinigung der Arbeiter die Möglichkeit geben, eine neue Welt auf der Grundlage des Kommunismus zu bauen. Es ist eine Reihe Fragen zu lösen, die verbunden sind mit der Hinzuziehung von Parteien, die noch keinen rein kommunistischen Charakter und ihre Taktik noch nicht ganz bestimmt haben. Einzelne Gruppen der Arbeiterklassen in manchen Ländern befinden sich auf dem Scheidewege. So die deutsche Unabhängige und die französische sozialistische Partei, so einige andere. Sie verlassen eine nach der anderen die Zweite Internationale und versuchen, der Dritten beizutreten. Der Kongreß wird keine geistige Lüge zulassen. Wir werden den deutschen und französischen Arbeitern sagen, daß sie eine Reinigung in ihren Reihen vornehmen sollen, damit sie der internationalen Vereinigung der Arbeiter beitreten können. Stürmischer Beifall übertönt die letzten Worte Sinowjews. Dann wird einstimmig das Präsidium des Kongresses gewählt, dem angehören: Levi (Deutschland), Doomer (?) (Frankreich), Serrati (Italien), Lenin und Sinowjew (Rußland).

Viele Organisationen wünschten den Kongreß zu begrüßen. Wegen der Kürze der Zeit wird das Wort nur dem Vorsitzenden des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der Sowjets, Kalinin, erteilt, der mit einer Ovation empfangen wird. Im Namen der Arbeiter und Bauern begrüßt er den Kongreß und erinnert an die ungeheuren Opfer, die kolossale Energie, die in den letzten Jahren im Kampfe für das Wohl der Arbeiter gegen die ganze Welthourgeoisie aufgebracht wurden. Darum wenden sie sich gen Westen und erwarten die Unterstützung des Weltproletariats. Kalinin drückt den Wunsch aus, daß der Kongreß ein Anfang zu dem unmittelbaren Kampf der Völker des Westens und des Ostens um die Befreiung des Weltproletariats werde.

Darauf hält der Genosse Lenin ein glänzendes Referat über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Auf Antrag wird vom Kongreß ein Aufruf an das Proletariat des roten Petersburgs, die Rote Armee und die Arbeiter der ganzen Welt angenommen.

Alle Delegierten zum Kongreß begeben sich nach Schluß der Sitzung in einem grandiosen Zug auf das Marsfeld, wo ein Kranz auf das Massengrab gelegt wird.

Der Kongreß wird seine Arbeiten am 21. Juli in Moskau fortsetzen.

Der Bürgerkrieg in China

T.U. London, 21. Juli.

Aus Tientsin wird gemeldet, daß englische, amerikanische, französische und japanische Offiziere sich nach Jangtsun begeben haben, um eine Untersuchung nach den Ursachen für die Störung im Eisenbahnverkehr anzustellen. Sie überzeugten sich davon, daß der japanische Ortskommandant den Truppen von Tschili befohlen hatte, sich zwei Meilen von der Eisenbahnlinie zurückzuziehen und er auch ferner die Befehlshaber beider Parteien davor gewarnt hatte, den Verkehr nach Peking zu unterbrechen. Später wurde gemeldet, daß die Truppen von Tschili die Stadt Jangtsun von neuem besetzt hatten. Die Telegraphenverbindung zwischen Schanghai und Peking ist wiederhergestellt.

Blutige Konflikte in Italien. „Corriere della Sera“ meldet aus Siena, daß es in San Giovanni d'Asso zu einem Konflikt zwischen Arbeitern, Bauern und der Polizei gekommen ist. Vier Demonstranten fanden dabei den Tod. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter sechs Carabinieri. Dasselbe Blatt meldet weiter aus Fabiano in der Provinz Ancona, daß dort die Bauern in den Streik getreten sind.

Ein prophetisches Dokument

Auszug aus Bakunins Aufruf an die Slaven vom Jahre 1848.

Brüder! Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen! Es handelt sich darum, offen und mit Entschiedenheit Partei zu ergreifen, entweder für die Ruine der alten Welt, um diese noch für einen kurzen Augenblick zu stützen, oder für die neue Welt, deren Licht hereingebrochen ist, die den kommenden Geschlechtern gehört, und der die kommenden Jahrtausende gehören. Es handelt sich für euch darum, ob euer die junge Zukunft sein soll, oder ob ihr noch einmal auf Jahrhunderte versinken wollt in das Grab der Ohnmacht, in die Nacht vereitelter Hoffnungen, in die Verdammnis der Sklaverei. . . . .

In zwei Heerlager ist die ganze Welt geteilt. Hier Revolution, dort Konterrevolution — das sind die Losungen. Für eine von beiden muß sich ein jeder, müssen auch wir uns, müßt ihr euch, Brüder, entscheiden.

Kein Mittelweg führt hindurch. Die, welche einen solchen vorgeben und anpreisen, sind entweder Betrogene oder Betrüger.

Betrogene, wenn sie die Lüge glauben, daß man am sichersten zum Ziele schleichen könne, indem man den beiden miteinander ringenden Parteien einer jeden ein Weniges zusteht, um beide zu besänftigen und den vollen Ausbruch des notwendigen offenen Kampfes zwischen ihnen zu verhindern.

Betrüger, wenn sie euch einzubilden suchen, daß ihr, nach pfiffiger Demokraten Art, euch außerhalb der beiden Lager stellen müßt, um euch zur gelegenen Zeit dem Stärksten anzuschließen und mit dessen Hilfe eure eigene Sache glücklich durchzuführen!

Brüder, trauet nicht den diplomatischen Künsten.

Diese Politik, die wir verdammen, die wir verfluchen, und an der wir furchtbare Rache nehmen werden, ist nicht die Politik des werdenden deutschen Volkes, ist nicht die Politik der deutschen Revolution, der deutschen Demokratie, sondern es ist die Politik des alten Staatstums, die Politik der Fürstenrechte, der Aristokraten und Privilegierten aller Art. . . . .

Heilige Pflicht ist es für uns alle, für alle Streiter der Revolution, daß wir unsere Kräfte vereinigen, daß wir sorgen uns untereinander zu verständigen und uns eng zusammenscharen, damit wir verbunden die Feinde unserer gemeinsamen Freiheit bekämpfen und besiegen zu können. . . .

Saget an, wo ist eure Stärke, wenn ihr sie nicht da suchet, wo allein sie zu finden ist, nämlich in der heiligen Gemeinschaft mit der Gesamtheit aller Brüder auf Erden?

Was werdet ihr sein in eurer Vereinsamung und Verlassenheit? Nichts! Was könntet ihr sein im Verbande mit allen euren Brüdern? Eine Riesenmacht, ein gewaltiges Panier der Freiheit, die Freude und der Stolz der gesamten jugendlich erwachenden Menschheit.

Brüder! Ich bin ein Russe, ich spreche zu euch als Slave. Meine Gesinnungen, meine Gefühle, meine Gedanken habe ich euch auf dem Kongresse zu Prag offen dargelegt. Ihr wisset, daß ich als Russe, das Heil meiner Landsleute nur in der Gemeinsamkeit mit allen übrigen Brüdern, nur in der Verbindung aller slavischen Völker als einer Föderation freier Stammesgenossenschaften erblicke. Ihr wisset, daß mir die Förderung dieses großen und heiligen Zwecks zur Aufgabe meines Lebens gemacht habe. Dies gibt mir ein Recht so zu euch zu reden, wie ich tue, denn in euern Angelegenheiten bin ich bei meinen eigenen, eure Sache ist die unsrige, euer Heil unser Heil, eure Ehre unsere Ehre, eure Schmach unsere Schmach und euer Verderben unser Verderben. Im Namen von 60 Millionen Slaven richte ich das Wort an euch, im Namen von 60 Millionen eurer Brüder, welche einer langen harten Knechtschaft müde sind.

In Moskau wird die Knechtschaft der unter russischem Szepter jetzt vereinigten und aller slavischen Völker und mit ihr alle europäische Knechtschaft zerbrochen und auf ewig unter ihrem eigenen Schutt und unter ihren eigenen Trümmern begraben werden; in Moskau wird aus einem Meer von Blut und Feuer hoch und herrlich das Gestirn der Revolution emporsteigen und zum Leitstern werden für das Heil der ganzen befreiten Menschheit.

Der Revolution sollt ihr euch hingeben, ganz und unbedingt.

Von Euch selbst!

In der Kunst findet ihr euch selber. Geht ohne die erlernten Schulbegriffe und ohne Neugier heran. Fühlt, daß jedes Ding auf der Welt seine Daseinsberechtigung hat und habt davor Respekt, auch wenn sein Sinn euch nicht gleich offenbar wird. Fragt euch selbst, was in euch mitklingt. Dann werdet ihr genug am eigenem Glück intensiven Lebensgefühls gewinnen.

Die Künstler der Novembergruppe sind nicht auf eine bestimmte „Richtung“ eingeschworen. Und doch deuten ihre Werke auf den Stil der Zeit. Hier ruhen die Keime einer neuen künstlerischen und somit auch allgemeinen Weltanschauung. Und so bedeutet diese Kunst:

Unterordnung in den Dienst der großen Allgemeinheit, Aufgehen in dem Allgemeingefühl unserer Zeit, Dienst des Lebens. Die Form ist der Menge noch ungewohnt, in der die Künstler so die gemeinsame Sache führen, im Bewußtsein, Werkzeug der Schöpfung zu sein, unbekümmert um Beifall, Nichtbeachtung, Nichtverstehen, im heiligen Glauben an ihre Berufung. Sie wissen, daß sie siegreich sein werden trotz der Kämpfe.

Wie aber hat bisher die Oeffentlichkeit sich dazu gestellt? Ein großer Teil der Kritik hat versagt und — dieses Versagen der Kunst untergeschoben. Als ob die Kunst — wie das Leben — nicht war, ist und sein wird, während die Kunstrichter (fragt Lessing) naturgemäß hinterherkommen. Und das Publikum? Weil man diese Kunst nicht versteht, bekämpft, verlacht man sie. Weil durch Schule und falsche Erziehung die meisten Menschen vorgefaßte verbildete Ansichten haben, weil der ursprüngliche Zusammenhang von Mensch, Kunst und Leben nicht mehr besteht.

Diese Künstler stellen ihre Werke aus in der ehrlichen Absicht den Beschauer zu beglücken und reicher zu machen. Wer die Säle betritt, tut dies aus eigenem freien Antrieb, und trotzdem hört man von einzelnen Beschauern: „Diesen Schund sehe ich garnicht erst an.“

„Diese Schweinereien zu verstehen, gebe ich mir erst gar keine Mühe.“ „Es ist eine Frechheit uns so etwas vorzusetzen.“

„Es ist unglaublich, wieviel Platz diesen Dingen eingeräumt worden.“

Mit Nichten!

Ihr sollt euch diese Dinge ansehen.

Ihr sollt euch Mühe geben.

Wie könnt ihr denn über diese Dinge sprechen, euch ein Urteil erlauben über diese Werke, wenn ihr sie nicht ansieht, euch keine Mühe gebt, euch hineinzudenken, hineinzufühlen, diese Dinge zu verstehen? Ist es eine Frechheit, euch aus ehrlichem Wollen entstandene Arbeiten zu zeigen?

Wenn es eine Lebensberechtigung gibt, so ist es die, selbstlos einer guten und reinen Idee zu dienen trotz Nichtachtung und Nichtverstandenwerden. Ihr sagt, es ist eine Frechheit, euch zuzumuten, daß ihr diese Werke der neuen Kunst ansieht.

Versucht es doch, unbefangen, ohne eitle Schulweisheit, aber mit gutem Willen zu lernen und zu verstehen.

Freut euch doch des Lebens buntwechselnder Form. Freut euch doch, daß Neues sich euren Blicken darbietet, daß euch dem gewohnten Alltag entführt. Ihr folgt damit nur dem Zug eures eigenen sehnenden Herzens.

Versucht es einmal: Ihr werdet reich und beglückt davongehen!

Peter Leu.

Der „Simplicissimus“ einst und jetzt

Der „Simplicissimus“ ist längst auf das Niveau einer illustrierten Beilage zum „Berliner Lokalanzeiger“ herabgesunken. Fast in jeder Nummer finden wir die stärkste Aufputschung der nationalen Instinkte gegen Frankreich und eine vom schärfsten Klassenhaß erfüllte Hetze gegen die Arbeiter. Man müßte sich einmal den Spaß machen, die zahlreichen Bilder des „Simplicissimus“, in denen er gegen den Militarismus gekämpft und für die Arbeiter eingetreten ist, seinen neusten Erzeugnissen gegenüberstellen. In der neuen Nummer der „Freien Welt“ geschieht dies in Bezug auf seine Negerhetze. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß wir die zirka 50 Gewalttaten der Negertruppen im besetzten Gebiet genau so scharf verurteilen, wie die tausenden Gewalttaten der „Weißen“ in Frankreich. Aber so wenig, wie wir die Greuel des Militarismus mit Rassenhaß bekämpfen, so sehr verurteilen wir es, daß der berechtigte Prozeß gegen die Zügellosigkeiten der Kolonialtruppen in Form eines Rassenkrieges geführt wird und dies geschieht, wenn immer nur ganz sinnenlos von einer „schwarzen“ Schmach gesprochen wird, als ob Verbrechen und Hautfarbe etwas gemein hat. Die „weiße“ Rasse hat nach ihren Taten seit 1914 wirklich keinen Grund zur Ueberhebung. Die „Freie Welt“ bringt außer den „Simplicissimus“-Bildern zahlreiche Proben von Negerkunst, Negerdichtungen und Volksweisheit der Neger, die beweisen (was der Gebildete längst wissen sollte), daß die Neger eine hohe, reiche und bedeutsame Kultur besitzen, die besonders künstlerisch durchaus nicht hinter der europäischen Kunst zurücksteht. Der mutige Kampf der „Freien Welt“ gegen diese neueste Nationalhetze und Spekulation auf die Barbarei des alldeutschen Pöbels ist lebhaft zu begrüßen.

Die Kammerdebatte über Spaa

Mißtrauen gegen Stinnes

Paris, 20. Juli.

In der Kammer erklärte Andre Tardieu, er sei mit mehreren seiner Freunde der Ansicht, daß man in Spaa mit der Revision des Friedensvertrages begonnen habe, während der Ministerpräsident angekündigt hätte, er wolle dessen Ausführung sicherstellen. Nach seinem Urteil sind die beiden Protokolle über die Entwaffnung und über die Kohlenfrage für Deutschland vorteilhaft im Vergleich zum Urtext des Vertrages. Man hätte von Deutschland die lückenlose Ausführung verlangen müssen, wenn man gewollt hätte, wie die Regierung, der er angehört habe. Die Kohlenlieferungen seien auf 43 Prozent herabgesetzt worden. Es habe eine Kontrollkommission in Berlin gegeben; sie sei niemals durch gemeinsame Handlungen der verbündeten Regierungen unterstützt worden. Tardieu bedauert, daß man den Deutschen in der Frage der Kriegsschuld nachgegeben habe und daß man sogar Verhandlungen über den Betrag der Entschädigungssumme führen will. Der Vertrag sehe vor, daß die Deutschen in die Beratungen der Alliierten nicht einzugreifen hätten. Eine Revision des Vertrages sei erwünscht, wenn sie für Frankreich vorteilhaft sei. Tardieu verliest sodann Statistiken, um festzustellen, daß die industrielle Produktion Deutschlands durch den Krieg fast garnicht gelitten habe. Die Behauptung, die wirtschaftliche Produktion Deutschlands sei die Grundlage der Prosperität der Welt, sei ein Sophismus, wenn man auch die Prosperität Frankreichs verlangt. (Maurice Barres ruft dazwischen: Zuerst!) Tardieu fährt fort: In der Kammer müsse festgestellt werden, daß Deutschland zahlen könne. **Tardieu beklagt schließlich, daß man Hugo Stinnes, der die Plünderungen von Nordfrankreich und Belgien organisiert habe, in Spaa habe zu Wort kommen lassen.** Loucheur habe sich geweigert, mit Baron von der Lancken zu sprechen. Der Ministerpräsident habe getan, was er pflichtgemäß in Spaa geglaubt habe, tun zu müssen, und er, Tardieu, habe seine Pflicht getan, indem er seine Stimme gegen die Revision des Friedensvertrages erhoben habe. Die Kammer müsse nun ihre Pflicht erfüllen.

Der Sozialist Blum erklärte ebenso wie Tardieu, daß man in Spaa den Friedensvertrag revidiert habe. Man hätte von Deutschland 20 Millionen Tonnen verlangen sollen als Ersatz für die Kohlen, die die zerstörten Gruben nicht liefern könnten, aber zum Preise der französischen Kohle. Jetzt aber müsse Frankreich für die Tonne anstatt 90 Francs 180 Francs bezahlen. Das sei ein schlechtes Mittel, Deutschland zu helfen, wenn man den französischen Konsumenten der billigen Kohle und den französischen Steuerzahler der deutschen Zahlungen beraube. Die Zustimmung Englands habe man zu teuer erkauft.

Ministerpräsident Millerand antwortete Tardieu und Blum, er habe niemals die Urheber des Vertrages getadelt, weder Tardieu noch den großen Franzosen, der, nachdem er das Land gerettet habe, auch den Defaitismus aufs Haupt geschlagen und mit jugendlichem Eifer die Last schwerer Verhandlungen getragen hätte. (Starker Beifall. Abg. Baron ruft: Das ist eine Grabrede!) Millerand fuhr fort, er werfe den Verfassern des Vertrages nicht vor, ihren Nachfolgern ein diplomatisches Instrument hinterlassen zu haben, in dem alles festgelegt, aber in dem nichts geregelt sei, einen Vertrag, den man nicht revidieren dürfe, aber interpretieren müsse, um aus ihm eine Realität zu machen. Frankreich verlange nun die Mittel zum Arbeiten, deshalb habe man geglaubt man müsse vor allen Dingen die Kohlenlieferungen sicherstellen. **Wenn es einen Menschen gäbe, der den heißen Wunsch hätte, daß die Besetzung des Ruhrgebiets niemals notwendig werden, so sei er es.** Er arbeite aber auch daran, aus dem Vertrag ein wirkliches Instrument zu machen und aus dem Frieden eine Sache, die ihrer Bestimmung entspräche. Die von ihm in Spaa erzielten Ergebnisse seien hinter seinen Hoffnungen zurückgeblieben, aber er möchte wissen, wie man zu einem besseren Ergebnis hätte kommen sollen. Wenn die Verfasser des Friedensvertrages bessere Methode wüßten, dann sei er bereit, ihnen seine Stelle abzutreten. In dem Kampf, den man tatsächlich führen müsse, verlange er das Vertrauen des Parlaments.

Loucheur erklärte, er sei sehr beunruhigt von der Wendung, die die Verhandlungen in Spaa genommen hätten. Er sehe darin einen Vorgang, der zu einer Finanzkrise führen könne. Er begründet dies des näheren und erklärt schließlich, daß alle Klauseln der Abmachungen von Spaa für Frankreich ungünstig seien. Es sei nicht möglich, die Entschädigungssumme, die Deutschland für die Pensionen und Wiedergutmachungen zahlen müsse, herabzusetzen. Wenn Frankreich nicht die Milliarden erhalte, müsse der französische Steuerzahler sie bezahlen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer bezweifelt die Richtigkeit der Zahlen, die Locheur vorgebracht. Es kommt deshalb zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden. Schließlich wird, wie bereits gemeldet nach einer kurzen Erklärung des Finanzminister Marsal dem Ministerium das Vertrauen mit 420 gegen 152 Stimmen ausgesprochen. Die einfache Tagesordnung wurde vorher, nachdem sie die Regierung zurückgewiesen hatte, mit 457 Stimmen gegen 152 Stimmen abgelehnt. Um 8 Uhr war die Sitzung zu Ende.

*

Die Tagesordnung, mit der die Kammer der Regierung das Vertrauen aussprach, lautet: Die Kammer genehmigt die Erklärung der Regierung, vertraut auf die energische Verteidigung der materiellen und moralischen Interessen Frankreichs in Verbindung mit seinen Verbündeten, weist jeden Zusatz zurück und geht zur Tagesordnung über.

Solidarisch mit Stinnes

Die „Deutsche Tageszeitung" beeilt sich, ihre Uebereinstimmung mit Stinnes zu bekunden. Sie meint in ihrer heutigen Morgenausgabe, wir hätten eine „ordinäre Gesinnung" bewiesen, weil wir auf die Verhandlungen des Herrn Stinnes mit kapitalistischen Vertretern der Entente aufmerksam gemacht und daraus die Folgerung gezogen hatten, daß der Gedanke der Besetzung des Ruhrreviers dem Zechenkapital gar nicht so unerwünscht wäre. Mit dem Agrarierblatt über Anstand zu diskutieren, halten wir für aussichtslos; wer den Bezirken des Schweinestalls und des Kasernenhofs so nahe wohnt, wie die „Deutsche Tageszeitung", der wird seine moralischen Auffassungen immer den Bedürfnissen dieser Nachbarschaft anpassen.

Stellen wir noch einmal kurz fest, um was es sich in dem Falle Stinnes handelt. Herr Stinnes ist einer der Hauptverantwortlichen für die Ausplünderung der nordfranzösischen und belgischen Industrie, für die Vernichtung der französischen Bergwerke, für die Deportation der belgischen Arbeiter; er war einer der Hauptantreiber zum Kriege bis zum Weißbluten, er ist der typische Vertreter jener schwerindustriellen Imperialisten, denen der Weltkrieg eine günstige Gelegenheit zur hemmungslosen Erweiterung ihrer Profitinteressen schien. Und dieser Mann verhandelt jetzt mit den Vertretern des französischen Kapitals, er wagt es, als deutscher Sachverständiger aufzutreten und durch eine herausfordernde Rede die Interessen des deutschen Volkes aufs neue zu schädigen! Noch mehr: In einem Essener Blatt veröffentlichte Herr Stinnes ein Schreiben, das er an den Steiger Bernhard gerichtet hat, worin es heißt, es hätten eine Anzahl Vertreter in Spaa, die aus einer fremdländischen Psyche heraus den deutschen Widerstand gegen unwürdige Zumutungen gebrochen. Diesen Mann nimmt also die „Deutsche Tageszeitung" in Schutz! Aber die Agrarier wissen, weshalb sie sich mit Herrn Stinnes solidarisch erklären. Sie glauben, daß mit der Verwirklichung der Pläne des Zechenkapitals, die jetzt eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bergleute herbeiführen und die Sozialisierung des Bergbaues verhindern wollen, zugleich ihre Pläne gefördert werden.

*

Dr. Karl Melchior, der als Sachverständiger an der Konferenz in Spaa teilnahm, hat vor der Hamburger Handelskammer über die Ergebnisse von Spaa einen Bericht gegeben, worin insbesondere die Kohlenfrage erörtert wurde. Darin wird der Standpunkt jener Sachverständigengruppe zum Ausdruck gebracht, die sich in Spaa der Politik von Stinnes widersetzt haben. Melchior erinnert an die militärische Uebereinkunft zwischen den Alliierten, wonach für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen französische, belgische, englische, italienische und vielleicht auch amerikanische Truppen in das Ruhrgebiet eingerückt wären. Gegenüber dem Standpunkt der schwerindustriellen Vertreter, daß es unmöglich sei, 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich zu liefern, mußte man sich fragen, ob durch eine Ablehnung dieser Forderung die Lage sachlich gebessert würde. In diesem Fall würden die Alliierten das Ruhrgebiet besetzt und die zwei Millionen Tonnen monatlich unter allen Umständen für sich herausgewirtschaftet haben. Es handelte sich also einstweilen darum, ob man die zwei Millionen Tonnen mit oder ohne Besetzung hergeben wollte.

Ferner würden die Besatzungsmächte einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte Kohlenverteilung erhalten und sie zu politischen Zwecken ausgenutzt haben. Frankreich hätte dann eine überwiegende Stellungnahme in der deutschen Frage eingenommen und die Regelung der deutschen Frage innerhalb der alliierten Kreise aller Voraussicht nach in seiner Hand gehabt. Eine stärkere Kohlenlieferung an den Rheinbund, Westfalen und Süddeutschland wäre die Folge gewesen und damit im Zusammenhang die politische Isolierung Deutschlands und der wachsende wirtschaftliche Verfall. Die Gefahr sei durch Spaa zwar nicht abgewendet, aber doch verschoben worden, und in diesem Zeitgewinn liege ein erheblicher Vorteil. Es liege die Möglichkeit vor, besonders unter Nachweis auf den besten Willen zur Lieferung der übernommenen Verpflichtungen die Invasion zu vermeiden. Dadurch, daß die Regierung den schweren Bedingungen gegenüber nachgab, hat sie um so weiser gehandelt, als sie dadurch den Abbruch der Verhandlungen und die Herbeiführung der Besetzung des Ruhrgebietes, die bereits eine Art Präventivkatastrophe hervorgerufen hätte, vermied.

Der Thüringische Landtag

Weimar, 20. Juli.

Der erste Landtag des neugeschaffenen Einheitsstaates hat mit seiner heutigen ersten Tagung im Fürstenhaus eine neue Phase im thüringischen Staatsleben begonnen. Nach Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Staatsminister Paulsen in einer Ansprache die neuen Abgeordneten. Nach Dankesworten an den Volksrat, der von dem Willen zur schnellen Herstellung von Thüringens Einheit stets erfüllt war und diese so schnell hergestellt hat, übernahm den Vorsitz der Abg. Ahlander (D. Vp.) als das älteste Mitglied. Hierauf vertagte sich der Landtag auf eine Stunde, um den einzelnen Parteigruppen zur Beratung über die Präsidentenwahl Zeit zu geben. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gaben die Mehrheitssozialisten bekannt, daß sie zu dem Entschluß gekommen seien, mit den Unabhängigen eine Fraktion zu bilden, um nach parlamentarischem Gebrauch der stärksten Fraktion, der U. S. P., den ersten Präsidenten zu sichern. Diese Vereinigung sei eine zwingende Gegenmaßnahme, da die Deutschnationalen, die Volksparteiler und der Thüringer Landbund sich gleichfalls zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben, obwohl sie im Wahlkampf als drei verschiedene Parteien auftraten. Die Demokraten bezeichneten diesen Zusammenschluß als politische Phase und verurteilten dieses Verfahren auf das entschiedenste. Nach einer ziemlich erregten Debatte, in der die Vereinigung der Rechtsparteien als Ueberrumpelung bezeichnet wurde und in der die Unabhängigen die drei Parteien eine reaktionäre Masse nannten, die sich zu einer Schieberzentrale G. m. b. H. vereinigt habe, um so durch Bauernschläue und Skrupellosigkeit eine Machtposition zu erschleichen, auf die sie kein Anrecht habe, legten Vertreter der Rechtsparteien dar, daß der Zusammenschluß erfolgt sei, nicht um den Unabhängigen, als stärkste Partei, den Präsidentenposten zu nehmen, sondern um eine Politik des Handelns zu sichern, und um ihren Standpunkt besser zur Geltung bringen zu können. Darauf wurde der Abgeordnete Drechsler (Gera) (Unabh.) zum ersten Präsidenten einstimmig gewählt, zum ersten Stellvertreter der Abgeordnete Bauer (Sondershausen). Vor der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erklärten die Demokraten, die nur mit 24 Sitzen vertreten sind, daß sie, nachdem sich die Rechts- und Linksparteien zu je einer Gruppe vereinigt hätten, als die dritte Fraktion im Hause das Anrecht auf den zweiten Vizepräsidentenposten haben. Aus der Wahl ging der Demokrat Benert (Altenburg) hervor. Hierauf vertagte sich der Landtag auf morgen 10 Uhr vormittags, wo die Wahl der Regierung stattfinden soll.

Krassins neuer Auftrag

Amsterdam, 21. Juli.

Die „Times" sagt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Kopenhagener Meldung über die Unterstellung Krassins unter Kamenew, nicht den Tatsachen entspreche. Krassin soll Unterhändler für Finanzangelegenheiten sein, während Kamenew in diplomatischer Eigenschaft nach London komme. Ursprünglich war geplant, Radek zu senden. Aber auf Trotzkis Antrag wird Radek sich mit den polnischen Angelegenheiten zu befassen haben. Wahrscheinlich werden Radek und Derzinsky als Friedensdelegierte nach Warschau gehen. Während der Abwesenheit Krassins, ist die russische Handelsdelegation in London eifrig tätig gewesen. In London wird eine Bank errichtet werden, die bereits offiziell als russische Handelsdelegationsgesellschaft eingetragen worden ist. Direktor der Bank wird vermutlich Krassin sein. Wie verlautet, ist russisches Gold im Werte von zwei Millionen Pfund Sterling unterwegs nach England.

Weiterer Rückzug der Polen

Kopenhagen, 21. Juli.

Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Heeresbericht: Nördlich von Grodno dauern die Kämpfe auf der Linie Stryj—Bovice an. In der Gegend von Nowo-Grodek haben die Polen den Befehl erhalten, nach Westen ihren Rückzug anzutreten, der unter dem Druck des Feindes erfolgt. Bolschewistische Angriffe in Polesien und am Styrfluß sind abgeschlagen worden. In der Gegend von Dubnow dauern die Kämpfe an. Der Feind hat dort ernste Verluste erlitten.

Die Neuwahlen in Oesterreich

Wien, 20. Juli.

Die Nationalversammlung nahm in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Wahlordnung für die Nationalversammlung an, sowie den Gesetzentwurf, durch den die Neuwahlen zur Nationalversammlung für den 17. Oktober festgesetzt werden. Die [illegible] die zweite Lesung der Vermögensabgabe. [illegible] einen [illegible] in den [illegible]

Die Kämpfe in Irland

London, 20. Juli. (Reuter.)

Eine Bande von 40 bis 50 Mann griff in der vergangenen Nacht eine Patrouille von vier Polizisten an, die aus Galway kamen. In dem sich entwickelnden Gefecht wurden zwei Polizisten erschossen, die beiden anderen wurden nach Erschöpfung ihrer Munition überwältigt und mit verbundenen Augen nach Tuam zurückgeschickt. Dort brachen unter den Soldaten und Polizisten Unruhen aus. Es wird behauptet, daß Polizisten die Stadt geplündert und in Häuser und Kaufläden gefeuert hätten. Das Rathaus wurde niedergebrannt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen.

Eine Soldaten-Gewerkschaft

Die Soldaten der Wehrmacht Oesterreichs haben sich eine gewerkschaftliche Interessenvertretung geschaffen, den „Militärverband der Republik Oesterreichs", der der österreichischen Gewerkschaftskommission angegliedert ist. Die neue Gewerkschaft, die die erste ihrer Art sein dürfte, gibt ein eigenes Organ heraus, das „Der freie Soldat" heißt und halbmonatlich erscheint. Wie uns der Militärverband mitteilt, steht die Mitarbeit an diesem Blatte auch deutschen Genossen offen.

Die verrückte Politik der Noske und Konsorten hat es verhindert, daß auch in Deutschland die Wehrmacht sich so friedlich betätigt wie in Oesterreich. Die Gründung der freien Soldatengewerkschaft beweist, daß die österreichische Wehrmacht wirklich eine republikanische Schutzwehr darstellt, was auch der Optimistischste von der Deutschen Reichswehr zu behaupten nicht wagen wird!

Zucker

Der Weltbedarf an Zucker ist in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsen. Insbesondere ist auf den Kopf der Bevölkerung errechnet der Konsum in England und Amerika sehr groß und stets bedeutend höher gewesen als in Deutschland. Vor dem Kriege haben wir nicht nur den eigenen Bedarf an Zucker reichlich zu decken vermocht, sondern außerdem auch beträchtliche Mengen exportieren können. Seit dem Beginn des Krieges ist die deutsche Zuckererzeugung aus verschiedenen Ursachen sehr zurückgegangen. Der notwendigste Konsum wird nur mit Mühe befriedigt, Einfuhren aus der Tschecho-Slowakei haben sich als erforderlich erwiesen. In diesem Jahre rechnet man mit einem verhältnismäßig günstigen Ergebnis, weil die Anbaufläche größer, das Wetter dem Wachstum vorteilhaft gewesen ist. Wie hoch die gesamte Weltproduktion zur Zeit ist, kann nur abgeschätzt werden, doch sind die Berichte über die wichtigen westindischen und kubanischen Bezugsgebiete, die für die Versorgung eine bedeutende Rolle spielen, nicht durchweg günstig. Der augenblickliche Preisstand des Weltmarktes ist jedenfalls sehr hoch und weit über den deutschen Notierungen für rationierte Ware. Läßt man die Zuckerwirtschaft frei, wie sie die Industrie so stürmisch fordert, dann dürfte eine bedeutende Preiserhöhung erfolgen, die dieses wichtige Volksnahrungsmittel dem Proletariat vollständig entzieht. Nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes" müßte Spanien diesmal eine Million Zentner für die Ausfuhr verfügbar haben.

Die Berliner Holzarbeiter zur Betriebsrätefrage

Die am 13. Juli vertagte Betriebsräteversammlung der Holzindustrie, über die wir in Nr. 280 der „Freiheit" berichtet haben, wurde am Dienstag, den 20. d. M. fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Tabert im Auftrage der engeren Verwaltung folgende Erklärung:

„Die Verwaltung hat zu dem beabsichtigten sofortigen Rücktritt des Kollegen Siegle als Bevollmächtigter Stellung genommen und kam nach längerer Aussprache einmütig zu dem Ergebnis, daß keine Veranlassung vorliege, auf Grund des in der Betriebsräteversammlung der Holzindustrie in den Sophiensälen ausgesprochenen Mißtrauens und des in der Versammlung bei Kliem gestellten Verlangens einzelner Verwaltungsmitglieder und Betriebsräte, zurückzutreten, und der Entscheidung der Generalversammlung vorzugreifen.

Die Verwaltung fordert deshalb den Kollegen Siegle auf, solange auf seinen Posten zu verbleiben, bis der Wille der Mitglieder in den demnächst abzuhaltenden Mitgliederversammlungen festgestellt ist und die Generalversammlung darüber entschieden hat, ob Siegle in der Betriebsrätefrage gegen die Interessen des Proletariats gehandelt hat. Die Verwaltung kann das Auftreten einzelner Verwaltungsmitglieder in der Betriebsräteversammlung in den Sophiensälen nicht billigen, und sieht darin eine Mißachtung von Organisationsbeschlüssen."

Einem Verwaltungsmitglied spricht die Verwaltung wegen seines Verhaltens in der Versammlung bei Kliem ihre schärfste Mißbilligung aus.

In der Fortsetzung der Diskussion über den Vortrag des Genossen Barth beschäftigen sich die Redner hauptsächlich mit den bestehenden Differenzen zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale Münzstraße.

Im Schlußwort weist Genosse Barth daraufhin, daß es fast alle Diskussionsredner unterlassen hätten, sich mit den Wirtschaftsfragen, die er in seinem Vortrag entwickelt hat, zu beschäftigen. Die Bedenken, daß die Gewerkschaften durch die Zusammenfassung der Betriebsräte immer mehr ins Fahrwasser der Arbeitsgemeinschaften kommen könnten, entkräftet Barth mit dem Hinweis darauf, daß Richard Müller am 12. November 1918 eine Verordnung getätigt hat, die den Gewerkschaften in allen wirtschaftlichen Fragen volle Bewegungsfreiheit läßt. Daraufhin sind am 15. November die Arbeitsgemeinschaften abgeschlossen worden.

Genosse Barth machte dann den Vorschlag, daß die bereits gewählten Gruppenleitungen bestehen bleiben sollen, bis der einzuberufende Betriebsräte-Kongreß endgültig über die Zentrale bezirksweise und örtliche Organisation entschieden hat. Das Letztere soll ein Eventualvorschlag sein, falls der erste Passus in der bereits in der letzten Versammlung angenommenen Resolution, der zur Abstimmung zurückgestellt wurde, jetzt abgelehnt werden sollte.

Die Abstimmung des Passus 1 der Resolution Barth, der verlangt, daß die einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften zu erfolgen habe, wobei alle in der Rätefrage tätigen Genossen zur aktivsten Mitarbeit heranzuziehen seien, wird mit 144 gegen 139 Stimmen angenommen. Dieses Stimmenergebnis wurde von einigen Versammlungsteilnehmern angezweifelt, da in einer Tischreihe falsch ausgezählt worden sein soll. Unter Berücksichtigung dieses Einspruches verkündigte sich die Versammlungsleitung dahin, daß 139 Stimmen gegen 138 für den Passus gestimmt haben, jedoch zeige das Abstimmungsergebnis, daß eine Mehrheit für die selbständige Betriebsräteorganisation in der Holzindustrie nicht vorhanden ist. Genosse Siegle [illegible] Stimmen für die Resolution der [illegible] (siehe Nr. 281 der „Freiheit") zu [illegible] Versammlung geschlossen.

Hölz verurteilt. Vor dem Kreisgericht in Eitschin (Böhmen) fand Dienstag die Verhandlung gegen sächsischen Kommunisten Max Hölz statt. Die Anklage legt ihm zur Last, daß er am 27. April in Marienbad eine Handgranate hervorgezogen hatte, um seine Verhaftung zu vereiteln. Er ist deshalb des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Uebertretung des Sprengstoffgesetzes angeklagt. Er verteidigte sich damit, daß er nicht beabsichtigt hätte, die Gendarmen zu bedrohen. Diese beharrten jedoch bei ihrer Aussage und Hölz wurde wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit zu vier Monaten schweren [illegible] mit einem [illegible] einer Geldstrafe von zwanzig [illegible] Waffenpatent [illegible] [illegible]

Gewerkschaftliches

Lohnausfallvergütung für die Arbeitnehmerbeisitzer an Sitzungstagen

Der Minister für Handel und Gewerbe. — Berlin, den 18. Juni 1920.
Der Reichsminister der Finanzen. — Berlin, den 8. Juni 1920.

Nach Mitteilung des Herrn Reichsarbeitsministers ist die Frage, betreffend Besoldung der Beisitzer der Schlichtungsausschüsse, in dem Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung, der seiner Fertigstellung entgegengeht, neu geregelt worden. Bis zum Inkrafttreten der Schlichtungsordnung muß es bei den bisherigen Bestimmungen über die Vergütung der Beisitzer in den Schlichtungsausschüssen sein Bewenden behalten. Jedoch will ich mich zur Vermeidung von Härten damit einverstanden erklären, daß den Beisitzern beim Nachweis des Ausfalles eines das zuständige Tagegeld übersteigenden Arbeitsverdienstes der Mehrbetrag aus Reichsmitteln erstattet wird. Soweit die Beschäftigung des Beisitzers nicht gegen festen Tagelohn erfolgt, wird der Nachweis des zugrunde zu legenden durchschnittlichen Tagesverdienstes aus der letzten Lohnabrechnung zu entnehmen sein.

Im Auftrage:
gez.: (Unterschrift.)

Im Anschluß an obige Verordnung ist nach Rücksprache mit dem Herrn Oberpräsidenten als Demobilmachungskommissar für Groß-Berlin von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin in der 6. Sitzung der 22er Kommission vom 30. Juni 1920 beschlossen worden, die Feststellung der tatsächlich versäumten Arbeitsstunden und des Lohn- oder Gehaltsausfalles der Arbeitnehmerbeisitzer dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu überlassen.

Bekanntmachung.

Die Herren Arbeitgeber im Bereiche des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin werden gebeten, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten, die als Beisitzer für den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verpflichtet sind, auf der Rückseite der Beisitzerladung

1. die übliche Arbeitszeit,
2. den durchschnittlichen Stundenverdienst

zu bescheinigen.

Die Herren Arbeitnehmerbeisitzer werden aufgefordert sich rechtzeitig nach Erhalt einer Ladung wegen obigen Angaben mit dem Arbeitgeber [illegible] in Verbindung zu setzen.

Die Herren Vorsitzenden der einzelnen Spruchkammern werden gebeten, die Höhe des Verdienstausfalles den solchen erleidenden Arbeitnehmerbeisitzern zu bescheinigen.

Berlin, den 15. Juli 1920.

Schlichtungsausschuß Groß-Berlin.
Die Geschäftsführung:
Dr. Severing.

Lohnbewegung der Maler

Allen Malern, Anstreichern und Bauarbeitern Groß-Berlins zur Kenntnis, daß die Maler und Anstreicher in einer größeren Zahl von Betrieben am Montag in den Streik getreten sind.

Die Kollegen hatten die Forderungen der Organisation ihren Arbeitgebern nochmals unterbreitet. Da die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ablehnten, sahen sich unsere Kollegen gezwungen, bei einem Teil namhafter Firmen in den Streik zu treten.

Wir ersuchen alle Kollegen, etwaige Streikarbeit zu verweigern, desgleichen ersuchen wir alle Bauarbeiter um ideelle Unterstützung.

Ortsverwaltung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Filiale Berlin.

„Zustände aus dem Versicherungsgewerbe." Zu der unter dieser Ueberschrift in Nr. 289 der „Freiheit" veröffentlichten Notiz des „Zentralverbandes der Angestellten" schickt uns der „Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten" folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten am Anfang dieses Jahres die Zersplitterungsbestrebungen unter den Versicherungsangestellten betrieb, wahr ist vielmehr, daß infolge des Abbruchs des Januarstreiks der Versicherungsangestellten durch den Zentralverband der Angestellten Hunderte von Versicherungsbeamten, darunter die Sektionen verschiedener Ortsgruppen, völlig geschlossen dem Z. d. A. den Rücken gekehrt hatten und der erst am 10. April in Leipzig gegründete freigewerkschaftliche A. V. V. das Sammelbecken dieser organisationslos gewordenen Versicherungsangestellten wurde. Es ist ferner unwahr, daß der A. V. V. jemals die positive Behauptung aufgestellt habe, einem von ihm zu stellenden Antrage auf Anschluß an die Afa resp. Arbeitsgemeinschaft industrieller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände würde unbedingt stattgegeben. — Wenn der Z. d. A. weiterhin dem A. V. V. das Verdienst bestreitet, die Regelung der Ueberstundenentschädigung herbeigeführt zu haben, so kann dieser billigen Kampfesweise des Z. d. A. gegenüber festgestellt werden, daß ausweislich des vom Arbeitgeberverband geführten Verhandlungsprotokolls die Versammlung erst auf Antrag des A. V. V. in eine Besprechung der nicht auf der Tagesordnung vorgesehenen Regelung der Ueberstundenvergütung eingetreten ist. — Auch die Behauptung des Z. d. A. über die Zusammensetzung des vom Reichsarbeitsministerium zu ernennenden Schiedsgerichts zwecks Regelung der Ortsklasseneinteilung ist dahin zu berichtigen, daß laut Protokoll als Unparteiische für das Schiedsgericht je ein Vertreter des Arbeitsministeriums, des Finanzministeriums und des Reichsaufsichtsamtes, ferner je drei Beisitzer von Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerseite gestellt werden sollen, von denen keiner dem Versicherungsgewerbe nahestehen soll. Das Recht, je einen Arbeitnehmerbeisitzer zu stellen, nimmt jede der vier beteiligten Organisationen für sich in Anspruch, weshalb für die endgültige Stellung der Arbeitnehmerbeisitzer, demokratischen Grundsätzen entsprechend, die Anzahl der von den Organisationen vertretenen Versicherungsangestellten ausschlaggebend sein muß."

Generalversammlung der Bekleidungsarbeiter. Nach einem Referat des Genossen Lehmann in der gestrigen Generalversammlung wurde beschlossen, dem Genossen Wilhelm Schumacher, den für die Studienkommission nach Rußland notwendigen Urlaub zu gewähren. Während dieser Zeit hat Genosse Willi Lehmann als erster Bevollmächtigter die Geschäfte im Verband weiter zu führen. Genosse Fritz Eder wurde ersucht, für die gleiche Dauer die Arbeiten des zweiten Bevollmächtigten zu übernehmen. Genosse Schumacher berichtet sodann über den Stand der Betriebsrätefrage im Sinne einer weitgehenden Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation. Die Gewerkschaften haben mit ihren Arbeiten so viel zu tun, daß sie nicht im Stande sind, die Betriebsräte für den besonderen Kampf zu schulen. Es ist dringend notwendig, die Zusammenrufung des Betriebsrätekongresses rasch zu ermöglichen. Wir müssen aus den Kompetenzstreitigkeiten herauskommen und aus den vielen Verhandlungen endlich zum Handeln gelangen. Nach ausführlicher Diskussion erklärte sich die Versammlung mit der Haltung ihrer Vertreter in der Gewerkschaftskommission vollkommen einverstanden und beauftragte sie, in gleichem Sinne auch weiter zu wirken.

Berichtigung. Zu dem Bericht über die Versammlung der Betriebsräte der Staats- und kommunalen Behörden schickte uns der Vorsitzende Polenske eine längere Berichtigung, in der es u. a. heißt: „Bei der ersten Abstimmung über den Vertagungsantrag blieb die Entscheidung unklar. Ordnungsgemäß wurde daraufhin Auszählung vorgenommen. Mit der Auszählung waren vier Kollegen beauftragt. Das Resultat der Zählung wurde der Versammlungsleitung mitgeteilt. Von einer Schiebung kann absolut keine Rede sein. . . . Der „Demokratie" ist dadurch keinerlei Gewalt angetan. Eine neue Versammlung als Fortsetzung der vertagten, ist vielmehr geeignet, der Demokratie Rechnung zu tragen, als eine stark gelichtete Rumpfversammlung."

Messingwerk Reinickendorf. Donnerstag früh Arbeitsaufnahme für sämtliche Kollegen und Kolleginnen. Der Arbeiterrat.

Anlegen. Alle ausgesperrten Kollegen, welche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, wollen diese am Donnerstag, den 22., früh 9½ Uhr, ihre Verbandsbücher im Lokal von Seifelmann, Lindenstr. 107, abgeben.
Doelle, Betriebsrat.

Kabelwerk Oberschöneweide. Auslegung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen früh Zeitungsnotiz beachten. Der Arbeiterrat.

Groß-Berlin

Zuckerknappheit

Die Zuckerportion ist ohnehin sehr knapp. Während vor einigen Jahren um diese Zeit Einmachezucker gegeben wurde, sind wir jetzt soweit, daß die Portion eher noch verringert werden soll. Dabei hört man nahezu täglich von großen Zuckerschiebungen, wonach ganze Wagenladungen Zucker verschoben werden. Die Zuckerproduzenten machen glänzende Geschäfte. Und da will man ihnen noch weiter entgegenkommen und vom November ab den Zuckerpreis weiter erhöhen. Zugesichert ist den Produzenten die Erhöhung. Das ist das Charakteristische unserer Ernährungspolitik. Ausschließlich werden die Produzenten berücksichtigt, die Konsumenten mögen bezahlen. So wird heute Ernährungspolitik gemacht.

Der Arbeiter-Wassersport-Verband hielt am Sonntag sein 2. Verbandsfest im Stadion, Grunewald, ab. In den einzelnen Konkurrenzen zeigten die Schwimmer gute Leistungen. Im Reigenschwimmen bewiesen die auswärtigen Schwimmer, daß sie im volkstümlichen Schwimmen vorzügliches leisten können. Großen Beifall fand das Gruppenspringen. Die Rettungsvorführungen wurden mit Interesse verfolgt, während die Wasserballspiele bei sehr flottem Spiele, die Gleichheit der Berliner Vereine mit den auswärtigen Genossen erwiesen. Nachstehend die Resultate:

Männerstaffette, 4×50 Meter. 1. „Freie Schw."-Neukölln (2.20). 2. S.-V. „Vorwärts" (2.25). 3. S.-V. „Elbe"-Magdeburg (2.35). — Damenbrustschwimmen über 100 Meter. 1. Frl. Kannenberg S.-V. „Nord" (1.53), disqualifiziert. 1. Frl. Weihrich S.-C. „Neptun"-Weißensee (1.56). 2. Frl. Gräfe „Freie Schw."-Neukölln (1.59). 3. Frl. Döring S.-C. „Vorwärts" (2.1). — Männerspringen, 3 Kürsprünge. 1. E. Sting „Elbe"-Magdeburg (12). 2. W. Lehmann A.-S. „Leipzig" (10). 3. R. Wiesener „Freie Schwimmer"-Potsdam (10.02). — Männerschwimmen über 100 Meter. 1. H. Preiser „Freie Schw."-Neukölln (1.14). 2. F. Schmidt S.-C. „Vorwärts" (1.21). 3. W. Müller S.-V. „Vorwärts" (1.22). — Männerbruststaffette, 4×100 Meter. 1. S.-V. „Vorwärts" (6.21). 2. „Freie Schw."-Neukölln (6.31). 3. S.-V. „Nord" (6.48). 3. S.-V. „Nixe"-Olvenstedt (6.48). — Damenrückenschwimmen über 100 Meter. 1. M. Gebrisch S.-V. „Vorwärts" (1.58). 2. Gricks „Freie Schw."-Charlottenburg (2.7). — Hauptschwimmen über 900 Meter. 1. H. Preiser „Freie Schw."-Neukölln (4.44). 2. L. Kannenberg „Freie Schw."-Falkenhagen (4.57). 3. G. Mühle S.-V. „Vorwärts" (4.58). 4. E. Voigt S.-V. „Leipzig" (4.59). — Turmspringen vom 10-Meter-Brett. 1. Nachtigall S.-V. „Vorwärts" (9). 2. [illegible] S.-V. „Elbe"-Magdeburg (8). 3. Lehmann S.-V. „Leipzig" (7). — Rettungsschwimmen, 50 Meter frei, 50 Meter mit Objekt. 1. E. [illegible] „Freie Schw."-Neukölln (1.56). 2. W. Kesler „Freie Schw."-Charlottenburg (1.[illegible]). 3. A. Kühn „Neptun 94"-Lichtenberg (2.10). — Städtelagenstaffette, 4×100 Meter. 1. Berlin (5.48). 2. Leipzig (6.10). — Damenspringen, 3 Kürsprünge. 1. G. Beyer A.-S.-V. „Leipzig" (11). 2. E. Gricks „Freie Schwimmer"-Charlottenburg (8). — Streckentauchen. 1. W. Dietrich „Freie Schwimmer"-Spandau (50 Meter). 2. A. Brassog S.-V. „Freiheit" (50 Meter). 3. M. Mertens A.-S.-V. „Leipzig" (49 Meter). 4. W. Zetsch S.-V. „Vorwärts" (46 Meter). — Damenbruststaffette, 4×50 Meter. 1. „Freie Schw."-Neukölln (3.45). 1. „Neptun"-Weißensee (3.45). 2. A.-S. „Nord" (3.52). — Wasserballspiele, 2×7 Min. 1. Spiel „Elbe"-Magdeburg — „Vorwärts"-Norden. 2. Spiel A.-S.-V. „Leipzig" — „Vorwärts"-Rummelsburg. 3. Spiel A.-S.-V. „Halle" — „Vorwärts"-Neukölln. 4. Spiel A.-S.-V. „Hannover-Linden" — S.-V. „Freiheit".

Jugendweihe! Cöpenick. Sonntag, den 26. September d. J. findet für alle diejenigen Kinder, welche zum Herbst die Schule verlassen und deren Eltern auf eine kirchliche Einsegnungszeremonie verzichten, eine würdige Jugendweihe, voraussichtlich in der Aula der hiesigen Körnerschule, statt, und zwar ohne Rücksicht auf die politische Parteizugehörigkeit. Die hiesige Ortsgruppe der „Freireligiösen Gemeinde" wird es sich angelegen sein lassen, für eine wirklich erbauende Feier Sorge zu tragen. Wir richten hiermit an alle freidenkenden Eltern in Cöpenick, Friedrichshagen, Grünau usw. das Ersuchen, ihre in Frage kommenden Kinder umgehend, spätestens bis zum 31. Juli d. J., beim Genossen A. Lorenz, Cöpenick, Bahnhofstr. 8 (Freiheit-Ausgabestelle) anzumelden. Zwecks Vorbereitung der Kinder beginnt sofort nach den Schulferien ein entsprechender Unterricht für die Teilnehmer. Kosten entstehen nicht. Genossinnen und Genossen sorgt für zahlreiche Anmeldungen. Einschlägige Auskünfte erteilen gern die Genossen Walter Lange, Kaiser-Wilhelm-Straße 14 und R. Schulz, Flemmingstraße 18/19.

Sturz aus dem vierten Stock. Gestern abend 10 Uhr fiel der 15jährige Barbierlehrling Pomp beim Reparieren der Jalousie aus der im vierten Stock des Vorderhauses belegenen Wohnung in der Straßmannstraße 32. Schwerverletzt wurde er nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht.

Eine Schwindlerin in Krankenschwester-Kleidung, die sich den wohlklingenden Namen einer Freifrau von Osten-Satten, verwitwete Fürstin Lieben beigelegt hatte, wurde von der hiesigen Kriminalpolizei gestern unschädlich gemacht. Die 22 Jahre alte „Krankenschwester" suchte die Bekanntschaft bessergestellter Männer, denen sie, um ihr Mitleid zu erwecken, und um sich interessant zu machen, stets ihre lange „Leidensgeschichte" erzählte. So wollte sie längere Zeit im Lager von Altengrabow interniert gewesen sein. Ihre großen Liegenschaften in Rußland habe man ihr kurzerhand weggenommen, auch von ihrem sonstigen Vermögen habe sie nichts mehr retten können. Sie geht in ihrer Anhänglichkeit so weit, daß sie die Männer mit in ihre Wohnung begleitet. Dort nimmt die „russische Fürstin" dann jede Gelegenheit wahr, zu stehlen, was ihr in die Hände fällt. Eine ganze Reihe von Anzeigen brachten die Kriminalpolizei auf die Spur der Gaunerin. Beamte des Dezernats B. 2, 1 ermittelten sie in der Person einer 22 Jahre alten Frau Dorothee Breth, geborene Rühe und nahmen sie fest. Weitere Geschädigte wollen sich in dem angegebenen Dezernat melden.

Sommertheater „Groß-Berlin", Hasenheide 15. „Prinz und Bettlerin", Schwesterstück von „Krone und Fessel" erlebt täglich den größten Beifall. Das gute Zusammenspiel der Kräfte machen das Stück sehenswert. Das Stück beginnt um 8 Uhr, vorher ab ½6 Uhr Konzert, Spezialitäten.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag. Ziemlich warm, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Aus den Organisationen

1., 2., 3. Distrikt. Nächste Sitzung der Bildungskommissionen Sonnabend, 7½ Uhr, bei Deutsch, Kranichstr. 2.

4. Distrikt. Obmännerkonferenz und A. S. P.-Fraktion. Freitag Reichenberger Str. Nr. 67—70.

6. Distrikt. Abteilungsobleute der Agitationskommission. Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung bei Ließ, Kleine Andreasstr. 19.

7. Distrikt. Donnerstag, 7 Uhr, Comenius-Säle, Memeler Straße: Mitgliederversammlung. T.-O.: „Partei, Gewerkschaften und Betriebsräte". Ref.: Genosse Lieske, Korreferent von der Gew.-Komm.

15. Distrikt. Freitag, 7 Uhr, Sitzung der Bildungskommission, Frauenarbeitskommission, Kinderschutzkommission und sämtlicher Ordner. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

8. Distrikt. 1. Abteilung. Donnerstag, 7½ Uhr, bei Thielmann, Landsberger Allee 44. Sitzung sämtlicher Mitglieder der Kommissionen und der Bezirksführer.

Vereinskalender

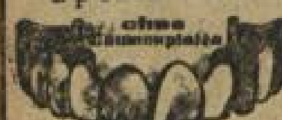
Einsetzer. Donnerstag, 7 Uhr, im Lokal von Greiwe, Rungestr. 30, Branchenversammlung.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppenausschuß-Sitzung private Verkehrsunternehmungen in der Geschäftsstelle des Bundes am Donnerstag 7½ Uhr. — Fachgruppenausschuß-Sitzung Gesundheitsindustrie in der Geschäftsstelle des Bundes am Freitag, 7 Uhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin Sekt. 1. Betriebsräte, Delegierte zur örtlichen Generalversammlung und Mitglieder der Branchenleitungen. Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, Zentral-Festsäle, Alte Jakobstraße 32, kombinierte Sektionsversammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin). Freitag, 5 Uhr, im Königstadt-Kasino, Alexanderstraße Ecke Holzmarktstraße 72 äußerst wichtige Versammlung aller in den Kriegsorganisationen beschäftigten gewerblichen Angestellten.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kamerlner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.



Spezialität: ohne Gaumenplatte

Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße

Auswärts feste Preise
Zähne 5 M. und 7,50 M.
Schöne natürliche Farben und Formen mit echtem Kautschuk und schriftlicher Garantie.

Goldkronen :: Brücken :: Stiftzähne.
Gaumenloser Zahnersatz.
Munduntersuchung gratis. Keine Luxuspreise.
Sprechstunden wochentags 9—12, 2—6 Uhr.

Metallarbeiter. Untergruppe: [illegible] (Auto-, Fahrrad- u. Flugzeugindustrie). Donnerstag, den 22. Juli, abds. 7 Uhr, Germaniasäle, Chausseestr. 110, Versammlung aller Hand- und Kopfarbeiter. Tagesordnung: Betriebseinschränkung und Schließung. Sabotage der Unternehmer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Bureau: Berlin SO 16, Rungestraße 30
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 10623 und 3878.

Einsetzer.
Am Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, im Lokal von Greiwe, Rungestraße 30
Branchenversammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Die Betriebsräte-Frage. 3. Branchenangelegenheiten.
Die Branchenleitung.

Deutsche Schokolade
Mk. 4.85 die 100-Gramm-Tafel
Mk. 2.60 die 50-Gramm-Tafel
in Luxuspackung
Mk. 5.50 die 100-Gramm-Tafel
Mk. 2.85 die 50-Gramm-Tafel
G. Wechselmann
Berlin W. 9, Linkstraße 20, Hof links I.
Fernsprecher: Nollendorf 879. Telegrammadr.: Vitalmenta Berlin.

Weiße Zähne
durch

Zahnwohl
beste Zahnpasta
Überall zu haben

„Freie Welt"
Heute neu!
Kunst und Dichtung der „Schwarzen"
Als Protest zur Hetze gegen die „schwarze" Schmach
Preis: 60 Pfg.

Genossen werbt für die „Freiheit"

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Unterricht

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. Anfragen „Sprachkunst 407", Briefpostamt Berlin.

Verkäufe

Segelboot, 5½ m, verkauft Fuchs, Waldstraße 6.

Kasten-Leiterwagen Roch-[illegible], Wilhelmstr. 42 a.

Kronleuchter! sowie andere neue Preissachen aller Art, keine Versatzware, immer noch zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Gardinenverkauf. Fenster 40 Mk., Tüllbettdecken, Stores, Divandecken, Bettwäsche, Admiralstr. 4, eine Treppe.

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Möbel

Moderne Schlafzimmer, Ankleideschränke, Vertikos, einzelnes Gäste-, Aussteuerküchen, Ruhebetten und verschiedenes mehr. Tisch, Koppenicker Straße 154, vorn IV.

Erleichterung bei Anschaffung von billigen Möbeln, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Garantie. Möbelfabrik Landsberger Allee 20.

Chaiselongues, 150,— bis 400,—, Messingbetten 290,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Meiske, Augustr. 32a, Lugh.

Selten billig! Schlafzimmer, hellseiche, nußbaum, 130—160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen. Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Schlafzimmer, nußbaum, fast neu, zu verkaufen. Amsterdamer, Beusselstr. 27 (Zigarrengeschäft).

Stubeneinrichtung (Todesfall) verkauft Nickel, Stromstr. 24.

Kaufgesuche

Grammophon-Platten, auch Bruch. Stephan, Neukölln, Ilsestraße 12 (Rathaus).

Pfandscheine, Wertsachen, kauft [illegible] Schmidt & Eggers, Schöneberg, Sedanstraße 46.

Ankaufsstelle Schallplatten, Tafelleim. Polierfabrik, Skalitzer Str. 3.

Firnis, Lacke, kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5, Mollendorf 2379.

Firnis, Malerartikel, höchste Preise. Krüger, Elisabethstr. 17.

Fahrräder

Motorräder, Magnete, Kühlkörper, Vergaser, Kugellager kauft Fischer, Schönhauser Allee 164.

Fahrradankauf. Kraus, Gr. Frankfurter Str. 82.

Werkzeuge u. Maschinen

Neu eröffnet! Spiralbohrer, Metalle kauft zu den heutigen Höchstpreisen Installationsgeschäft Berlin-Lichtenberg, Croßmerstr. 13.

Spiralbohrer, kauft jeden Posten Schlez, Neukölln, Prinz-Handjery-Straße 44. Pusch, Lichtenberg, Dossestr. 6.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft [illegible] Straße 96, I.

1,50 Schmirgelleinen kauft laufend Kuhrmann, Rostigstraße 23, 4—6 Uhr.

Spiralbohrer, Naturstahl, kauft höchstzahlend, Hennig, Schlesischestr. 35, Neukölln 925.

Spiralbohrer, konisch, Werkzeugstahl, kauft Author, Christburger Straße 41.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, zahlt über Tagespreis, Installationsgeschäft Grünberger Straße 2.

Spiralbohrer, Krue, kauft Guttenstraße 35 (Laden).

Achtung! Kaufe neue Spiralbohrer zum Tagespreis. P. Urbanski, Müllerstr. 133 a, 4 Treppen.

Kaufe neue Spiralbohrer, Schmirgelleinen. Schulz [illegible] Schlosserei.

Verschiedenes

Alte Herrenhüte werden schnell und preiswert gereinigt, umgepreßt und modernisiert. Deutsche Hutkompagnie, Neukölln, Hermannstr. 42/43, Berlin, Brunnenstr. 63, Steglitz, Schloßstraße 103.

Achtung Mandolinenklubs! Prospekt über erstklassige Musikalien für Mandolinen-Quartett erhalten Sie kostenlos von Otto Weede (Regina-Verlag) Neukölln, Hobrechtstraße 46.

Landsleute, außerdienstliche, kostenfreie Rechtsberatung. Hervorragender Rechtsbeistand: Ehesachen, Strafsachen etc. (ziecenie polskie sałatwia polski prawnik). Lothringer Straße 47, Rosenthaler Tor.

Spiralbohrer
Schmirgelleinen, nur neue, kauft Müller, Neue Königstr. 38, (Alexanderplatz).

Haarnisse
Für Frauen u. Mädchenhaar unsichtbar garant. sofort
Nessia D.R.G.M. 708205
Aufklärungsschrift los —
Fr. B. Möckenhaupt, Nürnberg W. 26.